Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 29 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 141. Sonnabend den 21. Mai 1887. 81. Jahrgang

## Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

**Sonntag, den 22. Mai,**

**Vormittags nur bis ½9 Uhr**

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

## Amtlicher Theil.

### Bekanntmachung.

Wegen Herstellung von Privatschleußen wird

**das Salzgäßchen**

von **Montag, den 23. d. M.,** ab auf die Dauer der 2—3 Tage in Anspruch nehmenden Arbeiten

für den **gesammten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, am 20. Mai 1887.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**

IX. 3426. Dr. Georgi. Hennig.

### Bekanntmachung.

Die Herstellung verschiedener Schleußen in den Straßen des südwestlichen Bebauungsplanes soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift: „Schleußen im südwestlichen Bebauungsplan" versehen ebendaselbst und zwar bis zum 8. Juni lfd. Js., Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, am 13. Mai 1887.

Ib. 1632. **Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.**

### Städtische Sparcasse

beleiht **Werthpapiere** unter **günstigen** Bedingungen.

Leipzig, den 20. Januar 1887.

**Die Sparcassen-Deputation.**

### Oeffentliche Buchhändler-Lehranstalt.

Die Aufnahmeprüfung findet Montag und Dienstag, den 23. und 24. Mai c., und zwar **Montag um 7 Uhr früh** statt. Der Unterricht beginnt **Mittwoch,** den 25. Mai, früh 6 Uhr.

**Der Director.**
Smitt.

### Holz-Auction.

Im Universitäts-Holze bei Dieskau sollen

**Donnerstag, den 2. Juni dieses Jahres,**
**von Vormittags 9 Uhr an,**

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 8 fichtene Stämme | a. 18—28 cm | Mittelst. | a. 11—17 m | Länge |
| 632 eichene Klötze | „ 10—28 „ | „ | „ 2.5—10 „ | „ |
| 20 birkene „ | „ 17—31 „ | „ | „ 3.0— 5 „ | „ |
| 8 eschene „ | „ 16—24 „ | „ | „ 4.0— 8 „ | „ |
| 4 linkene „ | „ 17—57 „ | „ | „ 2.5— 4 „ | „ |
| 6 fichtene „ | „ 19—31 „ | „ | „ 3.5— 4 „ | „ |
| 4 birkene „ | „ 40—60 „ | „ | „ 3.5— 7 „ | „ u. |
| 140 eichene Dreschangen | „ 8—13 „ | Unterst. | „ 4— 7 „ | „ |

auctionsweise unter den vorher bekannt zu gebenden Bedingungen verkauft werden.

Kauflustige werden ersucht, zu der angegebenen Zeit auf dem Kobschlag in den sogen. Saulöchern der Universitäts-Waldung sich einzufinden. **Die geordneten Anzahlungen sind sofort nach dem Zuschlage zu bewirken.**

Leipzig, am 20. Mai 1887.

**Universitäts-Rentamt.**
Gebhardt.

## Nichtamtlicher Theil.

### Die französische Ministerkrisis.

Goblet sagte in seiner Abschiedsrede am 17. Mai: „Man spricht davon, daß schon ein Ministerium vollständig bereit sei, um die Regierung zu übernehmen", und rief dadurch Bewegung in der Kammer hervor. Diese Bemerkung charakterisirt die Sachlage besser als alle Reden, welche in der entscheidenden Sitzung gehalten worden sind. In den maßgebenden Kreisen ist das Ministerium Goblet niemals ernst genommen worden, es bestand vielmehr vollständiges Einverständniß darüber, daß Goblet fallen würde, wenn die Vorbereitungen für das neue Ministerium fertig wären. Der feste Punct im Ministerium Goblet war und ist nur Boulanger, von ihm gehen die Hauptantriebe für die Zukunft aus. Deshalb sind auch die Nachrichten, welche den endgiltigen Rücktritt des Kriegsministers betreffen, nicht glaubwürdig, um so weniger, als die Vertreter derselben heute selbst schon nicht mehr an die Richtigkeit ihrer Meldung glauben. Niemals ist das Ränkespiel eifriger betrieben worden als seit der Zeit, da es keine feste Mehrheit in der Kammer mehr giebt, die Abstimmungen sind gänzlich unberechenbar, weil die Parteiführer einander zu überlisten suchen und erst im Augenblick der Abstimmung ihre Entschlüsse fassen. Die Abstimmung über die Tagesordnung Delafosse's stand so, daß ein Zufall genügte, um Goblet die Mehrheit zu verschaffen, denn eine Mehrheit von 18 Stimmen bei 532 Abstimmenden läßt sich nicht vorher feststellen, das Spiel stand für das Ministerium vor der Abstimmung thatsächlich gleich mit den Aussichten der Budgetcommission; als aber die Entscheidung gegen das Ministerium getroffen war, veränderte sich das Stimmverhältniß sofort erheblich und die Budgetcommission erhielt eine Mehrheit von 169 Stimmen. Dieser Unterschied ist so in die Augen springend und zugleich so beschämend für die Ueberläufer, daß als einziger Beweggrund dieser Handlungsweise nur der Wunsch anzusehen ist, sich mit dem neuen Ministerium in gute Beziehungen zu setzen. Trotzdem ist die Mehrheit für den Nachfolger Goblet's keineswegs sicher, denn die Mehrheiten in den beiden Abstimmungen vom 17. Mai setzen sich aus den verschiedensten Bestandtheilen zusammen und bieten weder einem Opportunisten, noch einem Radicalen die nöthige Gewähr, daß sie seine Regierung unterstützen werden. Deshalb richten sich die Blicke allgemein auf die Auflösung der Kammer als auf die einzige Maßregel, welche Klarheit in die Sachlage bringen kann. Darüber hat sich während der Republik des 4. September 1870 stets leichter eine Entscheidung herbeiführen lassen, wer aufhören soll, Ministerpräsident zu sein, als wer es werden soll.

Daher scheint es auch, daß Goblet nicht das Richtige traf, als er sagte, daß die neue Regierung bereits fertig sei; es war nur im Rathe der Opportunisten und der äußersten Linken beschlossene Sache, daß die bestehende Regierung zum Rücktritt genöthigt werden solle, über die Personen der Nachfolger mögen schon vor dem 17. Mai Erwägungen stattgefunden haben, es mag darüber im Elysée verhandelt worden sein, aber die Entscheidung war wohl kaum schon getroffen, sonst würde ja das neue Ministerium am 18. oder 19. Mai fertig gewesen sein. Die beiden Candidaten für das neue Ministerium sind Freycinet und Clémenceau, beide haben aber nicht nebeneinander Platz, dagegen wäre ein Zusammengehen Freycinet's und Ferry's sehr wohl denkbar, und die Frage würde für diesen Fall nur sein, was Boulanger zu einer solchen Zusammenstellung sagen würde. Leicht ist das neue Ministerium sicher nicht zu Stande zu bringen, denn in der Hauptsache liegen die Verhältnisse heute ebenso wie am 3. December 1886, dem Tage des Rücktritts des Ministeriums Freycinet. Damals lehnte Freycinet die Fortführung seines Amts ab, weil er es müde war, sich fortdauernd Abstimmungen unter Stellung der Cabinetsfrage auszusetzen. Eine Mehrheit ist heute genau so unsicher zu erlangen wie zu Ende des vorigen Jahres, also bleibt als Auskunftsmittel nur die Auflösung, und den dieser erwartet Clémenceau den Sieg seiner Partei. Das ist ein Glaube, den man ihm nicht nehmen kann, aber er braucht darum noch nicht der richtige zu sein.

Leider ist eine französische Ministerkrisis nicht eine rein innere Angelegenheit Frankreichs, sondern sie zieht auch das benachbarte Ausland, in erster Linie Deutschland, in Mitleidenschaft. Es handelt sich dabei regelmäßig um Krieg und Frieden, denn unter so gespannten Verhältnissen kommt es wesentlich auf die Personen der Minister an, ob die Dinge auf die Spitze getrieben werden sollen oder ob auch ferner noch das unaufrichtige Spiel des bewaffneten Friedens festgesetzt werden soll. Die Unmöglichkeit, das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen, ist eine sehr bedenkliche Schwierigkeit, und die Voraussicht, daß sich das Mißverhältniß zwischen Aufgaben und Einnahmen in Zukunft noch steigern wird, kann nicht dazu beitragen, den friedlichen Neigungen die Oberhand zu verschaffen. Das Auskunftsmittel, welches der Präsident der Budgetcommission, Rouvier, in Vorschlag bringt, 58 Millionen Ersparnisse zu machen und bei der Steuereintreibung die Zügel fester anzuziehen, so daß sie einen Mehrertrag von 80 Millionen liefern, wird von Goblet und Dauphin verworfen, und die Erfahrung lehrt, daß die Einnahmen schon jetzt hinter den Voranschlägen stets zurückbleiben. Was sollen also die Steuerbeamten thun, um größere Erträge von den Steuerzahlern herauszupressen? Das, was in dieser Beziehung möglich, ist gewiß schon längst geschehen.

Die Reden Goblet's in Havre waren hauptsächlich in der Absicht gehalten, der französischen Kriegspartei zu schmeicheln und dadurch die Zustimmung zur Fortführung der Regierung zu erhalten. Dieser Zweck ist nicht erreicht worden, aber Goblet sprach am Schluß seiner Abschiedsrede am 17. Mai schon im Vorgefühl des drohenden Sturzes noch die stolzen Worte: „Wenn die Kammer den Antrag des Ausschusses annimmt, so wird die Regierung mit dem Bewußtsein zurücktreten, daß sie Frankreich ruhig im Inneren, geachtet im Auslande zurückläßt und daß sie nichts gethan hat, was nicht zur Ehre des Landes gereichte." Es wurde zwar kein Widerspruch gegen diese Worte laut, aber die Mehrheit der Kammer muß doch wohl größere Ansprüche an Goblet gestellt haben, als er erfüllt hat, sonst würde sie ihn nicht in so schwieriger Lage wie die gegenwärtige fallen gelassen haben.

Das ist es überhaupt, was die gegenwärtige Ministerkrisis so bedenklich erscheinen läßt, weil sie trotz aller Warnungen hereingebrochen ist, daß man die obnehin gespannte Lage durch einen Ministerwechsel nicht noch schärfer spannen möge. Die 275 Abgeordneten, welche am 17. Mai die Tagesordnung Delafosse's ablehnten, sind sich der Tragweite ihrer Abstimmung vollständig bewußt gewesen und sind trotzdem nicht davor zurückgeschreckt. Daß der Beschluß der Budgetcommission nicht die Ursache der bestehenden Krisis ist, sondern nur der Vorwand, hat Goblet der Kammer klar und deutlich ins Gesicht gesagt und damit auch keinen Widerspruch erregt. Die Mehrheit der Kammer war des Ministeriums überdrüssig und sehnte sich nach einem Ministerium, das ein Programm hat. Wie das Programm beschaffen sein soll, darüber äußert sie sich nicht, aber Boulanger hat es an den nöthigen Fingerzeigen nicht fehlen lassen, wie sich das Programm in seinem Kopfe gestaltet. Wenn Freycinet den Auftrag hat, das neue Ministerium zu bilden, so hat er im Laufe der letzten fünf Monate Zeit genug gehabt, die Personen für dasselbe auszuwählen, und er müßte jetzt eigentlich mit dem fertigen Ministerium hervortreten. Es wird aber von allen Seiten eine längere Zwischenregierung in Aussicht gestellt, also scheint die Personenfrage noch keineswegs gelöst zu sein. Grévy kann darüber nicht in Zweifel sein, wie Deutschland über ein neues Ministerium denkt, in welchem General Boulanger das Kriegsministerium behält, erscheint er dennoch in der neuen Ministerliste, so giebt es dafür nur eine Erklärung. Wenn die Forderung der Budgetcommission, Ersparnisse zu machen, einen Sinn haben soll, dann muß am Militärbudget gespart werden. Da das mit Sicherheit nicht geschehen wird, so ist die ganze Krisis leichtsinnig herbeigeführt, um auf diese oder jene Weise zur längst gewünschten Entscheidung zu treiben.

### Leipzig, 21. Mai 1887.

* Die Einladungen zu der am 3. Juni in Holtenau bei Kiel stattfindenden feierlichen Grundsteinlegung für ein Schleusenwerk des Nord-Ostsee-Canals werden vom Reiche aus erlassen. Der Kaiser wird bekanntlich unter Assistenz des Reichskanzlers die Grundsteinlegung vollziehen. Eingeladen werden dazu: der Kronprinz, sämmtliche Prinzen des königlichen Hauses, sämmtliche Mitglieder des Bundesraths als Vertreter der deutschen Fürsten, die Chefs der Reichsämter, die preußischen Staatsminister, die Präsidien des Reichstages, sowie des Herren- und des Abgeordnetenhauses, eine Anzahl Mitglieder aus den repräsentativen Körperschaften des Reiches und der preußischen Monarchie, die obersten Staatsbehörden der Provinz Schleswig-Holstein, Civil wie Militair, Angehörige der Ritterschaft u. s. w., so daß die officielle Festversammlung wohl an 300 Personen zählen dürfte. Der Kaiser wird der „Neuen Preußischen Zeitung" zufolge mit sämmtlichen Prinzen am 2. Juni Abends in Kiel eintreffen und im dortigen königlichen Schlosse bei seinem Enkel, dem Prinzen Heinrich, Wohnung nehmen. Der größte Theil des Gefolges soll im Hotel „Germania" Quartier erhalten. Am 3. Juni um 10 Uhr Vormittags erfolgt an der Holtenauer Schleuse, welche etwa 3 Kilometer von Kiel entfernt ist, Legung des Grundsteins. Für die Feierlichkeit wird ein Pavillon in der Form eines Schiffes errichtet. Der Oberhofprediger D. Kögel hält die Weiherede. Nach der Grundsteinlegung wird für sämmtliche eingeladene Gäste vom Reiche ein Frühstück gegeben, bei welchem der Kronprinz den Kaiser vertreten wird. Der Kaiser nimmt nur an dem Diner Theil, welches in Bellevue (Düsternbrook) die Provinz dem Kaiser und den Gästen geben wird. Nach Aufhebung der Tafel wird der Kaiser die Rückreise nach Berlin antreten und die Ankunft Sr. Majestät hierselbst etwa in der elften Abendstunde erfolgen.

* Ueber die Zerfahrenheit und Gedankenlosigkeit, welche jetzt innerhalb der socialdemokratischen Partei herrscht, haben wir schon oft geschrieben. Ein Beispiel, wie die ureigensten Principien der Partei innerhalb derselben mit Füßen getreten werden, wie innerhalb derselben zurückgegriffen wird auf Schulze-Delitzsch'sche Heilpillen, beweist die Gründung der großen Genossenschaftsbäckerei in Hamburg und eine Reihe ähnlicher Gründungen in der Provinz. Ein Gegenstück zu diesem jedenfalls von der Parteileitung gutgeheißenen Unternehmen bildet die Ablehnung gegen die Beschlüsse der Fraction, welche sich in dem bekannten socialdemokratischen Antrage eines Arbeiterschutzgesetzes wiederspiegeln. Daselbst wird die Einführung von Gewerbeschiedsgerichten geplant, das ist jedoch einem Theil Socialdemokraten nicht recht, denn dieser Theil hat eine Versammlung von Steindruckern und Lithographen nach lebhafter Besprechung einen Beschluß gefaßt, in dem sie sich gegen die Bildung eines gewerblichen Schiedsgerichts ausspricht und in dem „beabsichtigten Vorgehen Bestrebungen erblickt, welche dazu angethan sind, den letzten Rest der individuellen Freiheit zu zerstören, und ganz entschieden gegen Unternehmungen protestirt, welche geeignet sind, unsere Corporation auf künstlerische Bahnen zu führen". Wir legen der Versammlung keine Bedeutung bei, immerhin ist sie aber ein Symptom mehr von der inneren Zerfahrenheit der jetzigen socialdemokratischen Partei.

* * *

* Der apostolische Nuntius, Mgr. Galimberti, welcher bereits von Sr. Heiligkeit zum Erzbischof i. p. präconisirt wurde, wird am 5. Juni zu Wien in der Kathedrale zu St. Stefan von Sr. Eminenz dem Fürsterzbischof von Wien, Cardinal Gangbauer, zum Erzbischof feierlich consecrirt werden. Erst dann wird Se. Excellenz seine Creditive als Nuntius in feierlicher Audienz dem Kaiser Franz Joseph überreichen.

* Nach einer Meldung aus Warschau wird Generalgouverneur Gurko seine Inspectionsreise ins Innere und an die Grenzen der Weichselprovinz demnächst antreten und während derselben seine besondere Aufmerksamkeit den in letzter Zeit ausgeführten fortificatorischen Bauten und Herstellungen zuwenden. Bei dieser Gelegenheit ist auch die Entscheidung bezüglich einiger weiter projectirten Befestigungs-Anlagen zu gewärtigen. — Von den bedeutenden Getreide- und Mehllieferungen, welche in letzterer Zeit auf Rechnung des Armeecaars in den westlichen Gouvernements Rußlands effectuirt wurden, entfallen die größten Parten auf die in den Gouvernements von Polesien und Bolhynien befindlichen Militairmagazine. In der zweiten Hälfte April wurden an diese Magazine 80,000 Tschetwert Hafer abgeliefert und letzthin die sofort zu effectuirende weitere Ablieferung von ungefähr 50,000 Tschetwert Hafer und 40,000 Tschetwert Mehl sichergestellt.

* Eine Meldung aus Sofia tritt den in der russischen Presse verbreiteten Gerüchten, wonach die bäuerliche Bevölkerung des Kreises von Tirnowo die Bezahlung der Steuern verweigert, einen Aufruf veranstaltet und die Garnison von Tirnowo förmlich eingeschlossen habe, bis es der bewaffneten Macht endlich gelungen sei, die Revolte, nicht ohne Blutvergießen, zu unterdrücken, mit der kategorischen Behauptung entgegen, daß an all diesen Ausstreuungen, deren Ursprung auf die Kreise der in Odessa weilenden bulgarischen Flüchtlinge zurückzuführen ist, kein wahres Wort sei.

* Man schreibt uns aus Brüssel vom 18. d. M.:

In der gestrigen Kammersitzung haben die aus dem Hennegau eingehenden Nachrichten einen peinlichen Eindruck hervorgebracht. — Die Aufregung in den Arbeiterbezirken wächst von Tag zu Tag und binnen Kurzem wird es voraussichtlich zu einer theilweisen Erneuerung der Scenen vom März vorigen Jahres kommen. Die wichtigsten Stellen sind militairisch besetzt, und in den großen Garnisonen stehen die Regimenter marschbereit; aus Brüssel gingen gestern Abend 2 Schwadronen des Garde-Regiments nach dem Centrum ab. Zum ersten Zusammenstoß mit der Gendarmerie ist es gestern in La Louvière gekommen. Eine Bande von 2—300 streikenden Bergleuten, die unvermeidliche rothe Fahne an der Spitze, zum größten Theil mit rothen Mützen, durchzog mit gleichmäßigem Heulen und dem Geschrei „Vive la République", „Vive la Grève noire" die Gemeinde und versuchte die 500 Arbeiter des Etablissements „La Grovère" beim Austritt zur Arbeitseinstellung zu bewegen. Eine Abtheilung von 30 Gendarmen, welche die Aufrührer auseinander zu treiben suchte, wurde mit Steinen empfangen; mehrere Arbeiter und Gendarmen sind durch Säbelhiebe und Steinwürfe verwundet worden. Der Anführer der Bande, Buchdrucker Lael, sowie der Redacteur des „Combat", Namens Conreur, wurden verhaftet und gefesselt nach Mons abgeführt. Noch am Abend rückten 2 Compagnien Jäger in den Ort ein, welche die Zugänge besetzt halten und unausgesetzt Patrouillen ausschicken. Man hat die ernstesten Besorgnisse für die nächsten Tage, da der Streik sich auf allen Puncten auszudehnen droht; im Bassin von Charleroi feiern bereits gegen 3000 Arbeiter.

* Zum Thema der Landesvertheidigung in den Niederlanden wird der „Kölnischen Zeitung" aus Amsterdam, 17. Mai, geschrieben:

Eine der interessantesten Verhandlungen der Zweiten Kammer hat das Ende der vorigen Woche begonnene Capitel der Landesvertheidigung bot, und man darf wohl sagen, daß dieser Gegenstand, über welchen in den letzten zwanzig Jahren so unendlich viel geschrieben und gesprochen wurde, die allgemeine Aufmerksamkeit in noch viel höherem Grade auf sich zieht, als die Frage über die Ausdehnung des Wahlrechts. Denn es handelt sich dabei nicht nur um Einführung oder Verwerfung der allgemeinen Dienstpflicht, über das Recht des Familienvaters der Schützen, die nach dem Urtheil aller Sachverständigen ihr Dasein längst verwirkt hat, sondern es kommen auch andere sehr tief einschneidende Fragen in Betracht, von denen die wichtigste wohl die sein dürfte, ob die Regierung das Recht hat, einen Theil der Truppen auch außerhalb Europas, also in den Colonien, zu verwenden. Die Ansichten über den Werth oder Unwerth einer Verfassungsveränderung, soweit sich diese auf das Landesvertheidigungswesen bezieht, standen sich denn auch sehr schroff einander gegenüber. Der frühere Kriegsminister Reuther, Mitglied der ultramontanen Partei, trat entschieden für die Erhaltung des bisherigen Zustandes ein. Dagegen führte der Abgeordnete Roosboom, ein Officier, in meisterhafter Rede aus, daß die bisherigen Verfassungsbestimmungen nicht nur in den wichtigsten Fragen ein todter Buchstabe geblieben und überhaupt gar nicht ausgeführt worden seien, sondern daß sie einer von den veränderten Zeitverhältnissen geforderten Organisation der Streitkräfte geradezu im Wege ständen. Denn Artikel 182 der bisherigen Verfassung sagt ausdrücklich: „Wer in die Landmiliz einverleibt ist, wird in Friedenszeit nach fünfjährigem Dienst entlassen", während Niemand mehr bestreitet, daß eine zehnjährige Dienstzeit erforderlich ist, wenn man, ohne dem Volke schwerere Lasten zuzumuthen, über ein kriegsgeübtes Heer von 80,000 Mann verfügen will; denn um diese zu bekommen, muß man bei fünfjähriger Dienstzeit jährlich 20,000, bei zehnjähriger dagegen nur 11,300 jährlich anstellen. Außerdem ist auch die Verwandlung der bisherigen Bestimmung, nach welcher die Militairpflicht mit dem 20. Lebensjahre beginnt, wünschenswerth, da man nach dem Beispiel anderer Staaten den Militairpflichtigen die Wahl lassen muß, sich früher zum Dienste zu melden. Der erste Artikel des Regierungsentwurfs wurde von der Zweiten Kammer mit 44 gegen 9 Stimmen angenommen; mit den Liberalen stimmten auch die Antirevolutionäre und verschiedene Ultramontane. Bezeichnend ist es übrigens, daß über die Frage der allgemeinen Dienstpflicht kaum ein Wort verloren wurde. Der Abgeordnete Sloet, ebenfalls Officier und der entschiedenste Partei angehörig, erhob Widerspruch gegen die Verwendung der Landmacht in den Colonien, und nach der Stimmung der Kammer über diese Frage zu urtheilen, ist es auch kaum wahrscheinlich, daß sie in letzterem Sinne entschieden werden wird. Da die Kammer morgen nun schon wieder trennt, wird die Fortsetzung des angefangenen Capitels erst am Montag den 23. Mai stattfinden.

* Die „Revue du Cercle Militaire" bringt über die Vorbereitungen zu einer am 31. d. M. in der großen Oper in Paris stattfindenden militairischen Festlichkeit eingehende Mittheilungen, in denen es heißt: „Die Räume werden zu einem großen Ballsaal eingerichtet, dessen Ausschmückung von folgendem Gesichtspuncte ausgeht: Am Abend einer siegreichen Schlacht wird im Lager ein glänzender Militairball abgehalten, zu diesem Zwecke ist auf dem Erdwall eines Befestigungswerkes, in nächster Nähe des Hauptquartiers, ein ungeheures Zelt aufgeschlagen worden. Das Orchester erhält seinen Platz auf einer durch Schanzkörbe gebildeten Erhöhung. In der Ferne erblickt man die Gegend und die Lagerfeuer der Vorposten. . . . . Der Eingang zum Ballsaal wird den Eingang zum Zelt des commandirenden Generals vorstellen." Zu diesem vielverspruchenden Plane erlaubt sich das „Journal des Débats" folgende Bemerkungen: „Wenn wir nicht wüßten, daß die „Revue du Cercle Militaire" ihre Nachrichten von zuständigster Seite erhalten hat, so wüßten wir die Richtigkeit dieser Mittheilungen bezweifeln. Man kann sich kaum erklären, wie die Veranstalter des Festes vom 31. Mai dem Gedanken einer solchen übel angebrachten Geschmacklosigkeit verfallen konnten. Wir wissen nicht, wie unsere Generäle und Officiere, die diesem Schaufpiele beiwohnen, über dasselbe denken werden, möchten aber sehr bezweifeln, daß eine solche Festlichkeit ihnen eine wahre Befriedigung gewähren und ihrem patriotischen Gefühle entsprechen wird."

* Wie aus Rom gemeldet wird, erfolgte dieser Tage die Notification der über Massauah verhängten Blockade an die Regierungen von Oesterreich-Ungarn, des deutschen Reiches und von Großbritannien. Die hohe Pforte, welcher die Blockade gleichfalls notificirt wurde, erklärte es vorzuziehen, die bezügliche Mittheilung mündlich entgegenzunehmen, welchem Wunsche seitens der italienischen Botschaft in Konstantinopel entsprochen wurde. — Des Weiteren wird ebendaher gemeldet, daß die italienische Kammer ihre Arbeiten wieder aufgenommen hat und dieselben bis Ende Juni fortsetzen wird.

* Ueber das zwischen der englischen Regierung und der Pforte durch Vermittlung Sir H. Drummond Wolff's principiell abgeschlossene Abkommen, betreffend Egypten, geben der „Politischen Correspondenz" aus London folgende Mittheilungen zu: „Das Arrangement wird einen Zeitpunct für die Zurückziehung der englischen Truppen aus Egypten feststellen; zur Stunde ist jedoch noch keine Einigung darüber erzielt, ob der 1. April 1890 oder der 1. April 1892 diesen Termin zu bilden habe. Die egyptische Armee wird verstärkt und der Sultan wird alle ihm zustehenden souverainen Rechte betreffs der Verwendung der egyptischen Armee behalten. Die Mächte werden durch Vermittlung europäischer Functionaire eine Controle bei den verschiedenen Zweigen der Verwaltung ausüben. Für die Capitalisirung des egyptischen Tributs werden Erleichterungen geschaffen werden. Man giebt sich in London der Hoffnung hin, daß diese Convention auf keiner Seite einem ernsten Widerstande begegnen werde, da dieselbe dem Standpuncte Frankreichs durch die Feststellung eines Termins für die Räumung Egyptens seitens der Engländer Rechnung trage und den anderen Mächten für den Schutz ihrer Interessen in Egypten, die vielleicht in mancher Beziehung durch die Zurückziehung der englischen Truppen gefährdet erscheinen könnten, genügende Garantien biete."

* Aus London, 17. Mai, wird der „Kölnischen Zeitung" geschrieben: „Wie es geschehen, daß sich der Sclavenkönig Tippu Tip räthselhafterweise Stanley in Afrika angeschlossen, darüber hat er selbst in Matadi am Congo, wo er zwei Tage verblieb, einem dortigen Bewohner dankenswerthe Auskunft gegeben. Ihn drängte zu seinem Entschlusse der eigene wohlüberlegte Vortheil. Bis jetzt glaubte er sicher, daß Engländer und Belgier ihm das Elfenbeingeschäft in Tabora und Zanzibar streitig machen wollten. Dieses Geschäft blühte nun so und so viel Jahren. Unterdessen aber seien die Bewohner Mittelafrikas gewitzigt worden und verlangten ihm unerschwingliche Durchlaßgebühren ab; so die Wa-Kunde, welche allein im Besitze der zur Durchschiffung des Malagarasi nöthigen Boote sind. Ferner waren die Deutschen allgegenwärtig und ihre Ansprüche erschwerten das Geschäft immer mehr. Seitdem aber Tippu Tip durch Stanley erfahren, daß die Belgier und Engländer sich um Ostafrika